



Beschlussvorlage (Nr. 2023-0062)

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Art</b>	<b>Termin</b>
Gemeinderat	öffentlich	24.04.2023

**TOP:**

Wohncontaineranlage für Geflüchtete

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat stimmt der Errichtung einer Wohncontaineranlage für Geflüchtete auf dem gemeindeeigenen Grundstück „An den Werften“ zu. Die Verwaltung wird beauftragt eine öffentliche Ausschreibung mit einem funktionalen Leistungsverzeichnis durchzuführen.  
Die für diese Maßnahme benötigten Haushaltsmittel sollen außerplanmäßig bereitgestellt werden.

---

**Sachverhalt:**

Im Rahmen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde die Aufnahme-Quote 2022 der aufzunehmenden Geflüchteten auf eine Gesamtsumme von 162 Personen für die Gemeinde festgelegt. In der Gemeinde Brühl konnten im Jahre 2022 immerhin 127 Personen in privaten und kommunalen Wohnungen untergebracht werden. Somit bleibt ein Aufnahmedefizit von 35 Personen aus dem Jahre 2022.

Die Verwaltung geht von einer ähnlichen Zuteilungsquote für 2023 wie im vorangegangenen Jahr aus. Mittlerweile wurden die Zahlen übermittelt. Demnach hat die Gemeinde Brühl 150 Flüchtlinge unterzubringen, incl. dem Aufnahmedefizit von 35 Personen aus dem Jahre 2022.

Bestehender kommunaler Wohnraum, der derzeit renoviert wird, in der Schwetzingen Straße 10, in der Wilhelmstraße 6 und in der Richard-Wagner-Straße 2 könnte diese Anzahl im Bereich der dezentralen Unterkünfte um circa 15 Plätze reduzieren.

Andererseits kommen auch Flüchtlinge aus anderen Ländern hinzu und auch die Obdachlosigkeit in Brühl könnte aufgrund erheblicher Preissteigerungen im Alltag zunehmen.

Aus derzeitiger Sicht bleibt es dabei, dass Wohnplätze für mindestens 150 Personen zu schaffen sind.

Dies ist mit dezentraler Unterbringung nicht zu schaffen. Um möglichst zeitnah den benötigten Wohnraum zur Verfügung zu haben ist es notwendig mit Container-Lösungen zu arbeiten.

Der Sachverhalt wurde in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am 13.02.2023 (Vorlage 2023-0020) vorberaten.

In der Konsequenz hat der Ausschuss nach Abwägung der Vor- und Nachteile dreier Standorte dem Gemeinderat empfohlen, der Errichtung von Containern in zweigeschossiger Bauweise auf dem gemeindeeigenen Grundstück „An den Werften“ (Anlage) zur Unterbringung von Geflüchteten zuzustimmen.

Weiterhin hat der Ausschuss das Gleiche für einen Teilbereich des Grundstücks Heiligenhag 9 empfohlen.

Die Verwaltung schlägt vor im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung mit funktionaler Leistungsbeschreibung die Umsetzung der Container Anlage „An den Werften“ voranzutreiben, da an dieser Stelle in vertretbarer Zeit die größte Anzahl an Geflüchteten untergebracht werden können.

Bestandteil der Ausschreibung und der nachgelagerten Auftragsvergabe soll die Stellung des Bauantrags sein, dessen Genehmigung die Voraussetzung der Beauftragung bilden soll.

Die Leistungsbeschreibung wird bis zum Zeitpunkt der Sitzung fast fertiggestellt und eng mit dem Sozialamt abgestimmt sein.

Die Vorgehensweise ist durch die unterschiedlichen Grundrissgestaltungen der Modulbau-Anbieter begründet.

Mit dieser Maßnahme können Unterbringungsmöglichkeiten für 160-180 Personen geschaffen werden.

Die Ausschreibung und Vergabe der Leistungen erfolgt durch das Bauamt, zur Umsetzung und Bauleitung soll ein externes Ingenieurbüro beauftragt werden.

Inklusive der Nebenkosten ist für diese Maßnahme mit Kosten von ca. 4,2 Mio. € zu rechnen denen Landesfördermittel von ca. 1,3 Mio. € entgegenstehen.

Die verbleibenden Kosten in Höhe von 2,8 Mio. € wurden bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2023 nicht vorgesehen und müssen deshalb außerplanmäßig bereitgestellt werden.

Die Maßnahme am Heiligenhag 9 wird in ähnlicher Weise im Laufe der nächsten drei Monate vorbereitet.

Der Bürgermeister:

### **Beratungsergebnisse**

Einstimmig	Stimmenmehrheit	Anzahl ja	Anzahl nein	Anzahl Enthaltungen	Abweichender Beschluss